







# PAUL SCHEFFER

## DIE INGEWANDERTEN

Toleranz in einer grenzenlosen Welt

Mit einer Einleitung zur Neuausgabe

Aus dem Niederländischen  
von Gregor Seferens  
Andreas Ecke, Heike Baryga  
und Gerd Busse

Carl Hanser Verlag

Titel der Originalausgabe:  
*Het land van aankomst*  
De Bezige Bij, Amsterdam 2007

Die Einleitung zur Neuausgabe sowie die Kapitel I, III und IX wurden von Gregor Seferens übersetzt, Kapitel II und der Epilog von Gerd Busse, die Kapitel IV, V und VIII von Andreas Ecke und die Kapitel VI und VII von Heike Baryga.

Wir danken der *Foundation for the Production and Translation of Dutch Literature*, Amsterdam, die durch ihre finanzielle Unterstützung die vorliegende Übersetzung ermöglicht hat.

Textnachweis Motto: V.S. Naipaul, *An der Biegung des großen Flusses*.  
Aus d. Engl. von Karin Graf, S.25; © Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980.

1 2 3 4 5 20 19 18 17 16

Um eine Einleitung erweiterte Neuausgabe, 2016  
ISBN 978-3-446-25182-3  
© 2007 Paul Scheffer  
Alle Rechte der deutschen Ausgabe:  
© Carl Hanser Verlag München 2008  
Satz: Greiner & Reichel, Köln  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany



MIX  
Papier aus verantwortungsvollen Quellen  
FSC® C014496

# Inhalt

Einleitung zur Neuausgabe I–XXIV

## I. Der Koffer unterm Bett 9

Toleranz unter Druck 11 · Der Konservatismus der Migranten 21 · Die Zwischengeneration 30 · Alte und neue Migration 39 · Integration verlangt Selbsterforschung 46 · Nach dem multikulturellen Drama 53

## II. Die Welt in der Stadt 65

Die Nähe der Fremden 67 · Segregation und Ungleichheit 74 · Die Kultur des Ghettos 81 · Schwarze und weiße Schulen 88 · Streuung ohne Mischung 95 · Zurück zur Gartenstadt 102

## III. Die große Völkerwanderung 109

Der Globus ist zerbrechlich 111 · Ethnische Vielfalt und Überalterung 120 · Die klassischen Einwanderungsländer 130 · Migration und Entwicklungshilfe 138 · Eine Moral der Mobilität 145 · Aufstand der Bürger 155

## IV. Holland – Vermeidungsland 163

Der Blick des Fremden 165 · Migration und Nationswerdung 171 · Toleranz ist kein Laissez-faire 178 · Die »Versäulung« des Islam 186 · Postkoloniale Lektionen 195 · Eigenart und Offenheit 202

## V. Europäische Kontraste 211

Von der Emigration zur Immigration 213 · Frühe Widerstände 222 · Republikanische Antworten 229 · Fremde nach dem Völkermord 240 · Abschied vom Empire 252 · An den Außengrenzen 263

## VI. Die Kunst des Kosmopolitismus 271

Die Kolonialfalle 273 · Der »aufgeklärte« Rassismus 282 · Der Wert der Kulturen 288 · Nach dem Multikulturalismus 295 · Vorurteile abwägen 303 · Weltbürger im Werden 311

## VII. Die Wiederentdeckung Amerikas 321

Das Credo der Kolonisten 323 · Im Schmelztiegel 330 · Der Widerstand gegen die Immigranten 338 · Das »Goldene Tor« schließt sich 346 · Das lange Echo der Sklaverei 353 · Positive Diskriminierung 364

## VIII. Das zerstrittene Haus des Islam 375

Islam und Imperialismus 377 · In einer säkularen Umwelt 389 · Konservatismus und Radikalisierung 401 · Liberale Reformer 411 · Gleiche Brüder, gleiche Kappen 420 · Eine Welt ohne Notausgang 430

## IX. Der Grundsatz der Gleichheit 441

Ohne »wir« geht es nicht 443 · Alles, was Wert hat, muss sich wehren 450 · Ein Triptychon der Integration 456 · Dilemmata der Gleichheit 463 · Die Immigranten von morgen 473 · Eine offene Gesellschaft 479

Epilog 489

Bibliographie 495

Anmerkungen 515

Namenregister 532

So entwickelte ich vom frühen Alter an die Gewohnheit, etwas anzuschauen, mich loszulösen von einem vertrauten Anblick und zu versuchen, ihn aus der Entfernung zu betrachten. Durch diese Sehgewohnheit kam ich zu der Ansicht, dass wir als Gemeinschaft zurückgeblieben waren. Und das war der Anfang meiner Unsicherheit.

*V.S. Naipaul*





# EINLEITUNG ZUR NEUAUSGABE



Die vielen Vorträge und Gespräche nach dem Erscheinen von *Die Eingewanderten* haben mir deutlich gemacht, wie groß die Unsicherheit über die Immigration in Ländern wie die Niederlande, England und Deutschland ist. Überall beobachteten wir Rückzugsbewegungen von Menschen, die sich verunsichert fühlen, und überall beobachteten wir Anzeichen einer »Flucht vor der Freiheit«. Ich habe sehr unterschiedliche Orte besucht, und jedes Mal zeigte es sich, wie schwer es fällt, in diesen unruhigen Zeiten Worte zu finden, die nach vorne weisen. Ich habe nicht nur mit zahlreichen Politikern im In- und Ausland gesprochen, sondern auch mit Menschen aus Gewerkschaftskreisen, den Kirchen, der Museumswelt, den Gemeinden, dem Schulwesen und dem Polizeidienst. Und nicht zuletzt wurde ich immer wieder von Migrantenorganisationen eingeladen.

Im Anschluss an meine Vorträge hörte ich Geschichten von Menschen, die Haus und Hof verlassen haben und nun, in ihrem neuen Land, unter einem Gefühl der Entfremdung leiden. Das zeigt sich am deutlichsten in den Familien: Eltern haben große Schwierigkeiten, ihre Kinder zu verstehen, und ringen mit widersprüchlichen Wünschen. Natürlich wollen sie, dass ihre Kinder in dieser Gesellschaft erfolgreich sind, zugleich aber sollen ihre Kinder sich nicht von ihren eigenen Lebensauffassungen entfernen. Eine Mutter aus der marokkanischen Gemeinde meinte in einem Gespräch: »Ich habe Angst, meine Kinder an euer Land zu verlieren.« Sie fuhr fort: »Wer von uns sagt zu seinen Kindern, sie seien Niederländer? Ich kenne niemanden in meiner Umgebung, der das tut.« Solche Eltern achten darauf, ihre Kinder nicht an eine Gesellschaft zu verlieren, deren Sitten und Gebräuche sie in Zweifel ziehen oder schlichtweg nicht verstehen.

Wir müssen zu große Begriffe wie »Integrationsverweigerer« vermeiden und den Konservatismus von Migranten begreifen, die das

Gefühl haben, dass ihnen ihre Traditionen entgleiten, und die sich deshalb fester an die überlieferten Sitten und Gebräuche klammern, als sie das in ihren Herkunftsländern getan hätten. Aufgrund des politischen Drucks, der auf der Migrationsproblematik lastet, gerät die menschliche Dimension der Völkerwanderung, die wir erleben, aus dem Blick. Wir müssen in erster Linie lernen, die Geschichte der Neuankömmlinge als eine Geschichte der Aufopferung für die Kinder zu betrachten, zu deren Welt die Eltern schon allzu oft keinen Zugang mehr haben, als eine Geschichte des Verlustes einer vertrauten und der Inbesitznahme einer neuen Welt.

Nicht nur Migranten haben dieses Gefühl des Verlustes, auch die Alteingesessenen machen diese Erfahrung. Und für dieses Unbehagen wurden in der Regel weniger einführende Worte gefunden. Das ist der Grund, warum ich in diesem Vorwort darauf ein wenig näher eingehen will. Ich hörte Geschichten von Menschen, die sich nicht mehr in den Vierteln heimisch fühlten, in denen sie ihr ganzes Leben gewohnt hatten. Im Berliner Stadtbezirk Pankow wehrten sich Nachbarn gegen eine geplante Moschee. Trotz jahrelangen Widerstands wurde sie schließlich doch gebaut. Es handelt sich um ein recht bescheidenes Gebäude, versteckt hinter einer Kentucky Fried Chicken-Filiale. Dennoch haben die Menschen, die dagegen protestierten – nach Auskunft des Bezirksbürgermeisters stammen sie überwiegend aus der Mitte der Gesellschaft – den Eindruck, dass dieses Gebetshaus für ihr Viertel nicht von Vorteil sein wird. Vielleicht auch weil der dortige Imam recht orthodoxe Einstellungen vertritt und mir versicherte, seine deutschen Mitbürger würden irgendwann schon begreifen, warum gläubige Männer Frauen nicht die Hand geben können.

Natürlich kann man solche Erfahrungen beiseitewischen oder als Gejammer verwöhnter Bürger abtun – die Moschee dort werde nicht mehr verschwinden, und es gebe doch wohl wichtigere Dinge. Doch es ist besser, erst einmal zuzuhören. In Antwerpen sagte jemand während einer Diskussion zu mir, ein Drittel der Stadtbevölkerung bestehe aus erklärten und heimlichen Fremdenfeinden, denn schließlich wählten sie die rechtspopulistische Partei Vlaams Belang. Die Anwesenden fragten sich verwundert, warum diese Menschen

nicht für ein vernünftiges Gespräch über eine sich verändernde Welt zugänglich sind. Natürlich sind Menschen weniger zum Dialog bereit, wenn ihre Sorgen marginalisiert und als ungutes Bauchgefühl bezeichnet werden.

Und abgesehen davon: Macht ein Begriff wie »Rassismus« das autochthone Unbehagen verständlicher? Niemand wird leugnen wollen, dass es Formen von Xenophobie gibt, aber die britische Stadtsoziologin Ruth Glass wählte eine sorgfältigere Herangehensweise, als sie Ende der Fünfzigerjahre in einer Studie die Reaktionen auf die Ankunft von Immigranten aus der Karibik untersuchte: »Die Situation der farbigen Minderheiten in Großbritannien wird nicht durch unumstößliche Vorurteile, harte Segregation und Diskriminierung bestimmt; vielmehr geht es um Pfusch, Verwirrung und Verunsicherung.« Ihre Schlussfolgerung: »Die Mehrheit vertritt eine Haltung, die man als ›wohlwollende Vorurteile‹ umschreiben könnte – eine Mischung aus passivem Vorurteil und passiver Toleranz.«

Und was für die Fünfziger- und Sechzigerjahre gilt, gilt bestimmt auch für diese Zeit. Die Vermeidung von harten Begriffen wie »Rassismus« trägt zu einem genaueren Bild von Immigrationsgesellschaften bei. Wir sollten uns ein Beispiel an Barak Obama nehmen. Er versuchte in seiner vielgepriesenen, aber ungenau gelesenen Rede über das Verhältnis zwischen den Rassen in Amerika nicht nur Worte für die Wut und die Frustration der schwarzen Bevölkerung zu finden, er wollte auch auf die Ressentiments in der weißen Bevölkerung seines Landes eingehen. Darüber hörte man in den Kommentaren wenig, und doch sagte er unter anderem: »Die meisten weißen Amerikaner aus der Arbeiterklasse oder der Mittelschicht haben nicht das Gefühl, aufgrund ihrer Rasse besonders bevorzugt zu sein. Sie machen sich Sorgen über die Zukunft und haben das Gefühl, dass ihnen ihr Traum entgleitet. Ihr Groll wird allmählich größer, wenn sie hören, dass ein Afroamerikaner bei der Besetzung einer guten Stelle oder bei der Zulassung zu einer guten Schule den Vorzug erhält – und das aufgrund eines Unrechts, das sie weder begangen noch zu verantworten haben –, oder wenn sie hören, dass ihre Angst vor Kriminalität in den Stadtvierteln ein Beweis für Vorurteile ist.«

Er zieht den Schluss: »Einfach nur zu hoffen, dass der Groll der

weißen Amerikaner vergeht, oder diesen Groll als unbegründet oder gar rassistisch zu bezeichnen, ohne zu erkennen, dass er seinen Ursprung in berechtigten Sorgen hat, ist auch eine Methode, die Kluft zwischen den Rassen zu vergrößern und den Weg zum gegenseitigen Verständnis zu blockieren.« Obama ist eine Quelle der Inspiration, auch für diejenigen, die in unserem Teil der Welt über die immer gleichen Argumente in der Diskussion über Integration nachdenken, bei der man den Eindruck gewinnt, dass viele sich nur allzu gern weiterhin im Kreis drehen.

Die Zukunftsangst, von der Obama spricht, hängt sehr eng mit dem Verlust sozialer und kultureller Sicherheiten zusammen. Um den Erfahrungen in einer Immigrationsgesellschaft so nahe wie möglich zu kommen, wurde in *Die Eingewanderten* die Umkehrung der üblichen Perspektive gewählt. Lange Zeit wurde mit großer Selbstverständlichkeit behauptet, Immigration sei eine Bereicherung für die Gesellschaft. Das kann sie sicher werden, doch die Veränderungen, die durch die Migration verursacht werden, rufen, wie schon gesagt, auch ein Gefühl des Verlustes hervor. Sowohl die Neuankömmlinge als auch die Alteingesessenen sehen eine vertraute Welt verschwinden. Das ist der Anfang einer Veränderung, und mich beschäftigt die Frage, wie daraus eine wirkliche Erneuerung der Gesellschaft entstehen könnte, eine Erneuerung, die die Betroffenen selbst mit der Zeit als eine Bereicherung empfinden.

Studien zur amerikanischen Immigrationsgeschichte boten einen Anhaltspunkt. Der Soziologe Robert Ezra Park sprach bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts von einem »Zyklus« der ethnischen Beziehungen, in dem es drei Stadien gibt: Vermeidung, Konflikt, Akzeptanz. Diesen Zyklus können wir als eine Methode betrachten, mit dem Verlust der Sicherheiten umzugehen. Vermeidung meint hier, dass man einer neuen Wirklichkeit aus dem Weg geht, man ignoriert, dass sich etwas Wesentliches verändert. Solange die Menschen einander nicht begegnen, hat es den Anschein, als berühre die Ankunft von Migranten die Gesellschaft nicht wirklich. Die Konflikte entstehen, wenn die Unumkehrbarkeit der Veränderungen nicht mehr verdrängt und daher nicht länger ignoriert werden kann, was verlorengeht. Solche Zusammenstöße gehören zur Immigrati-

onsgeschichte und helfen offenbar oft dabei, die neue gesellschaftliche Umgebung zu akzeptieren.

Die Geschichte der Niederlassung von Migranten beginnt also oft mit Vermeidung. Forschungen in Städten wie Detroit oder Chicago – wo ehemalige Mehrheiten inzwischen eine Minderheit der Stadtbevölkerung darstellen – machen das Unbehagen der weißen Städter einsichtig. Maria Kefalas beschreibt ein vorwiegend »weißes« Viertel von Chicago, Beltway, wo die »untere Mittelschicht« wohnt, nicht weit entfernt von einem der schwarzen Ghettos der Stadt. Sie will gerade die starken Vorbehalte der Bewohner dieses Viertels aufzeichnen, denn sie ist davon überzeugt, dass »Toleranz nur möglich ist, nachdem jede abweichende Stimme gehört wurde«. Was die Einwohner schützen wollen, lässt sich nicht in »alte Begriffe von Rassengegensätzen oder Ängsten« fassen.

Für die Kinder und Enkel der Arbeiter, die sich mühsam am Rande der Gesellschaft behaupteten, spielt der Besitz eines eigenen Hauses eine große Rolle. Sie empfinden sich dadurch als Miteigentümer des Viertels, und sie fühlen sich dadurch auch abhängig von den anderen Menschen im Viertel. Die Gegend wird ordentlich gepflegt: Graffiti werden als ernsthafte Störung der Ordnung betrachtet. »Betonung des Konsums, rituelle Äußerungen des Stolzes auf das eigene Haus und die manische Sorge um die Aufrechterhaltung der Ordnung sind symbolische Akte, mit denen die sozialökonomischen Unsicherheiten ferngehalten werden.« Für viele Bewohner ist Beltway »der letzte Zufluchtsort« – wenn sie »schlechte« Nachbarn bekommen, können sie nirgendwo mehr hin. Ihr Leben ist viel stärker an einen einzigen Ort gebunden als die Leben der wohlhabenden Mittelschicht.

Die Unsicherheiten dieser Bürger haben mit »Klasse« und »Farbe« zu tun. Der Anthropologe John Hartigan äußert sich sehr dezidiert in seinem Aufsatz über vergleichbare »weiße« Viertel in Detroit, die sich bedroht fühlen: »Das Zusammenspiel von Statusangst und ethnischem Durcheinander ist sichtbar in der Veränderung dieser Viertel.« Dass die soziale Klasse eine wichtige Rolle spielt, zeigt sich deutlich im Widerstand der Fünfzigerjahre und im sich daran anschließenden Widerstand gegen die weißen Migranten aus dem



Süden, den sogenannten »hillbillies«. Die waren zwar weiß, aber dennoch nicht sonderlich willkommen. Mehr noch: Sie wurden von den Alteingesessenen als »white trash« betrachtet. »Die negativen Gefühle richteten sich auf Neuankömmlinge, ob die nun weiß oder schwarz waren, aus dem eigenen Land oder aus der Fremde.«

Hinter einem Großteil des Widerstands gegen neue Immigranten steckt ein Verteilungskonflikt. Es ist schließlich unübersehbar, dass gerade am unteren Rand des Arbeitsmarktes Konkurrenz herrscht. Es gibt nicht nur Verdrängungsmechanismen, durch die Ankunft von schlecht bezahlten und schlecht organisierten Immigranten gerät auch das Lohnniveau unter Druck. Gerade diejenigen, die eine prekäre Position in der unteren Mittelschicht errungen haben, haben etwas zu verlieren. Die amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Timothy Hatton und Jeffrey Williamson kommen zu dem nüchternen Schluss, dass der Widerstand – in der Vergangenheit, aber auch heute – in einem Zusammenhang mit dem Umfang der niedrigqualifizierten Immigration steht, die eine wachsende Zahl von »autochthonen unqualifizierten Arbeitskräften« verdrängt und auf diese Weise zu einer »wachsenden Ungleichheit« führt. Das bleibt nicht ohne Folgen, aufgrund der »größeren auf dem Wahlrecht beruhenden Macht in den Händen derjenigen, die am stärksten betroffen sind – die arbeitenden Armen.«

Das autochthone Unbehagen hat sowohl soziale als auch kulturelle Ursachen. Manchmal ist es nicht einfach, die beiden auseinanderzuhalten. Doch ob es nun um den Abdruck von Cartoons geht, die alles verspotten, was heilig ist, oder um das Tragen eines Kopftuchs vor Gericht, um doppelte Staatsbürgerschaft oder darum, welche Geschichte an den Schulen gelehrt werden soll – es sind lauter kulturell oder symbolisch aufgeladene Probleme. Natürlich muss die Wohnsituation der Menschen verbessert werden, und auch der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt kann erleichtert werden, doch ein wesentlicher Teil des »autochthonen« und des »allochthonen« Unbehagens liegt gerade auf dieser symbolischen Ebene: »Wir verlieren unsere Kultur.«

Diese Geschichten dürfen uns nicht vergessen lassen, dass wir es mit einem Integrationsmuster zu tun haben, das nicht bei der Ver-

meidung stehenbleibt. Es gibt immer einen Moment, in dem die Segregation nicht mehr aufrechterhalten werden kann. In Städten wie Marseilles, Birmingham, Stuttgart oder Malmö, wo 40 oder mehr Prozent der Bevölkerung aus Migrant\*innen und ihren Nachkommen besteht, können Alteingesessene und Neuankömmlinge einander nicht mehr aus dem Weg gehen. Eine Frage kann dann nicht länger unbeantwortet bleiben: Was brauchen wir an Gemeinsamkeiten, um mit all unseren Unterschieden zusammenzuleben? Dies ist eine konfliktreiche Suche, aber diese Konflikte dürfen nicht als eine misslungene Integration betrachtet werden, im Gegenteil: Gerade im Konflikt nimmt die Integration Gestalt an.

Wenn die Unumkehrbarkeit der Veränderungen, die durch die Immigration ausgelöst wurden, nicht mehr ignoriert werden kann, wird der Verlust auf beiden Seiten spürbar, und es kommt zu Spannungen. Wir lernen nicht viel aus der Geschichte der Immigration, wenn wir die »Bereicherung«, die Einwanderung für eine Gesellschaft darstellt, in den Mittelpunkt rücken und den »Verlust« der vertrauten Welt nicht in Betracht ziehen. Wenn wir diesen Verlust zur Kenntnis nehmen, öffnet sich eine Möglichkeit, viele Erfahrungen rational zu deuten. Die sich daran anschließende Debatte ist oft ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Akzeptanz der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Dies lässt sich gut an der jüngsten Geschichte von Rotterdam illustrieren. Der Erfolg der populistischen Partei Leefbaar Rotterdam bei den Kommunalwahlen 2002 war Ausdruck eines Konflikts, der lange im Verborgenen schwelte und plötzlich an die Oberfläche kam, mit allen problematischen Folgen, die eine so lange angestaute Spannung mit sich bringt. Es wurde vieles ausgesprochen, was besser nicht gesagt worden wäre, aber insgesamt hat diese Partei einem Unbehagen Stimme verliehen, das schon lange herrschte, und sie hat die Stadtverwaltung wachgerüttelt. Die Partei ergriff die Initiative zu einer Reihe von Islam-Debatten, die – so schwierig das auch manchmal war – viele Menschen in Bewegung brachten. Das galt auch für Migrant\*innen und ihre Kinder, die darauf etwas erwidern wollten und sich bei der nächsten Wahl in großer Zahl beteiligten.

Das Resultat dieser konfliktreichen Phase – die noch längst nicht

abgeschlossen ist – ist die Ernennung von Ahmed Aboutaleb, der in Marokko geboren wurde, zum Bürgermeister der Stadt. Dass ein Migrant der ersten Generation die zweitgrößte Stadt eines Landes führt, ist einmalig in Europa. Ohne die intensive Debatte über Integration wäre dies undenkbar gewesen. Aboutaleb hat in schwierigen Momenten Worte gefunden, um der autochthonen Gesellschaft harte Fragen zu stellen. Aber er schreckte auch nicht davor zurück, seine vermeintliche Basis mit heiklen Problemen zu konfrontieren. So beschleunigte sich im Schnellkochtopf Rotterdam die Entwicklung.

Ein vergleichbares Muster von Aktion und Reaktion haben wir anlässlich der Ausstrahlung von *Fitna* beobachten können. Das gewaltige Aufheben, das es um diesen islamkritischen Film des populistischen Politikers Geert Wilders gab, machte das wachsende Bewusstsein in den Muslimgemeinschaften sichtbar, nicht nur Zuschauer, sondern mitverantwortlich dafür zu sein, wie Außenstehende den Islam und seine Anhänger sehen. Interessant war die Haltung, auf die ich während einer Diskussion in Gouda stieß: »Wenn der Film gezeigt wird, öffnen wir die Türen der Moschee und laden alle zum Gespräch ein.« Das war eine schöne Reaktion, denn so gerät man nicht in die Falle, sich beleidigt abzuschotten, was psychologisch vielleicht verständlich wäre, auf die Dauer aber desaströse Auswirkungen hätte. Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, dass Distanzierung dem Gedanken »Dies ist auch unser Land« weichen muss und dass auch Muslime ein Interesse an der Verteidigung der Freiheiten haben müssen, auf die sie sich als Gläubige berufen. Tatsächlich: »Dies Land ist unser Land« und daher »Wir gehören auch zu diesem Land«.

Die Meinungsfreiheit fördert auf diese Weise letztendlich den gesellschaftlichen Frieden. Das gilt für beide Seiten des Konflikts, für Muslime und auch für diejenigen, die jetzt unter dem Nenner »Nicht-Muslime« zusammengefasst werden. Die Möglichkeiten, die Menschen haben, ihrer Wut in Wort und Bild Ausdruck zu verleihen, sorgen dafür, dass Groll nicht zur Aggression wird. Auch darum ist es ein Irrtum zu glauben, die Beschränkung der Meinungsfreiheit könnte zu einer Befriedung der Muslimgemeinschaften beitragen.

Die prinzipielle Frage bleibt: Gilt die Meinungsfreiheit auch für Menschen, die dieses Grundrecht dazu benutzen wollen, die Freiheit anderer zu beschränken? Konkreter: Müssen wir die Freiheit eines Parlamentariers verteidigen, der die Religionsfreiheit der Muslime einschränken will? Und dürfen wir erwarten, dass auch Muslime sich verpflichtet fühlen, seine Freiheit zu verteidigen? Die Antwort muss »ja« lauten, doch nur unter der Bedingung, dass wir auch die Freiheit von Muslimen, die radikale Ansichten vertreten und zum Beispiel die vollständige oder teilweise Einführung der Scharia fordern, weiterhin garantieren. Solange es sich jedenfalls um Meinungen handelt und nicht um Aufrufe zur Gewalt.

Das ist das liberale Paradoxon: Die offene Gesellschaft ist auch für diejenigen da, die einem geschlossenen Weltbild anhängen und die Wechselseitigkeit ablehnen, auf die ich all meine Hoffnung setze. Religiöse oder weltliche Orthodoxie gehört dazu, doch eine offene Gesellschaft lebt natürlich von einer Mehrheit, die solche Vorstellungen letztendlich verwirft. Eine solche Mehrheit kommt nicht von alleine zustande, im Gegenteil, und gerade deshalb ist die offene Gesellschaft so verletzlich.

Auf die Vermeidung folgt der Konflikt, und der wird in *Die Eingewanderten* als ein Zeichen der Integration betrachtet, mehr noch: als ein Zeichen der Integration auf beiden Seiten. In Ländern wie Deutschland, Dänemark und den Niederlanden hat die Konfliktvermeidung eine lange politische Tradition, doch oft ist sie für Einwanderungsgesellschaften nicht die beste Lösung. Wir müssen lernen, dass sich Gesellschaften im Konflikt erneuern, wobei hier ausdrücklich gesagt sein soll, dass es dabei um gewaltlose Konflikte geht. Daher haben wir es jetzt, da wir mit Formen von Terror im Namen einer Religion konfrontiert werden, die durch die Migration zu einem Teil unserer Gesellschaft geworden ist, mit einem neuen Phänomen zu tun.

Die Verletzlichkeit einer offenen Gesellschaft ist im vergangenen Jahr nach den Anschlägen in Paris sehr deutlich geworden. Die Ziele wurden von den Dschihadisten sorgfältig ausgewählt: die Spötter der Religion, die jüdische Gemeinschaft und die unsittliche Freizeitkultur. Lauter Ziele, die in breiteren Kreisen der muslimischen Gemeinschaft Widerhall finden. Manche Kritiker meines Buchs *Die Eingewanderten* vertraten die Ansicht, dem Islam und vor allem dessen radikalen Strömungen werde zu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Doch es war auch bereits vor zehn Jahren offensichtlich, dass von solchen Strömungen eine Bedrohung ausgeht, und daher ist es wichtig, die Motive dieser jungen Muslime zu ergründen.

In der Diskussion über die europäischen Dschihadkämpfer ist zu oft von Nihilismus und zu selten von Idealismus die Rede, es geht zu oft um Psychologie und zu selten um Ideologie. Es mag unter diesen Leuten Fanatiker geben, die Freude an Gewalt haben, oder Menschen, die mit ihrem Leben nicht mehr zurechtkommen, doch oft genug handelt es sich auch um Jugendliche, die an etwas glauben. So merkwürdig die Vorstellung von einem Kalifat auch klingt – auf den ersten Blick ist sie doch eine Rückkehr ins Mittelalter –, so ist es doch ein Symbol für ein reines Bekenntnis zur Religion. Das Kalifat ist ein geträumter Staat, in dem Lehre und Leben identisch sind und in dem die Korruption einer modernen Gesellschaft weit weg ist. Dies ist kein unschuldiges Ideal, denn die Sehnsucht nach Reinheit ist oft der Beginn von Gewalt.

Außer einer moralischen Läuterung verkörpert das Kalifat noch etwas anderes, nämlich ein Machtversprechen. Es symbolisiert eine glorreiche Vergangenheit, nämlich die Zeit, in der die muslimische Welt noch eine blühende Kultur und eine bedeutende Macht war. Diese Nostalgie ist ebenso wenig ein marginales Phänomen – wenn wir den Diskurs von orthodoxen Muslimführern betrachten –, sondern macht die Unsicherheit von nicht wenigen Muslimen deutlich, die die Diskrepanz zwischen ihrem Selbstbild von einem Islam als überlegene Kultur und der schmerzlichen Rückständigkeit der ara-

bischen Welt nicht ertragen. Die Vorstellung von einem Kalifat in seiner moralischen und machtpolitischen Bedeutung ist also kein marginales Problem, sondern eine Suche, die zumindest eine latente Sehnsucht der muslimischen Welt berührt.

Nun wird uns von allen Seiten versichert, der Dschihadismus sei eine Randerscheinung, aber diese Suche von radikalisierten Jugendlichen steht sehr wohl in einem breiteren Kontext. Ziemlich viele europäische Muslime antworten schließlich dogmatisch auf die Frage, wie sie ihren Glauben in Gesellschaften leben, in der Gott kaum noch eine Rolle spielt. Länder wie die Niederlande und Deutschland gehören im weltweiten Vergleich zu den am stärksten säkularisierten Gesellschaften, und Forschungen zeigen, dass eine Mehrheit der Muslime in den Niederlanden einer traditionellen Interpretation der Religion anhängt. Der Soziologe Ruud Koopmans kommt aufgrund einer vergleichenden Studie zu dem Schluss, dass man 40 Prozent der Muslime in Westeuropa als fundamentalistisch bezeichnen kann.

Wir müssen zwischen Orthodoxie, Fundamentalismus und Radikalismus unterscheiden, denn schließlich kann man fundamentalistische Ansichten vertreten, ohne den Terror gutzuheißen. Ich glaube sofort, dass eine große Mehrheit der europäischen Muslime die Gewalt des IS ablehnt und sich nicht nach dem Abendessen händereibend ein Enthauptungsvideo ansieht, aber ich glaube auch, dass es genug Muslime gibt, die das Ideal der Wiederherstellung einer glorreichen Vergangenheit teilen. Die Attraktivität eines Kalifats erstreckt sich, ganz losgelöst von der Frage, ob diese Vorstellung zur Rechtfertigung von Gewalt führt, nicht nur auf eine Handvoll durchgedrehte Jugendliche. Der französische Islam-Kenner Rachid Benzine sagt ganz richtig: »Die Vorstellung von einem Kalifat ist für einen Teil der Muslime ein zu realisierender Traum geworden, eine Art Ideal.«

Der Idealismus vieler junger Menschen, die sich für den Dschihad entscheiden, macht alles nicht einfacher – denn ihr Radikalismus ist in eine Ideologie eingebettet –, und gerade deshalb ist es wichtig, dass Muslime sich nicht nur zur Gewalt der europäischen Dschihadisten äußern, sondern eben auch zu den Ideen, mit denen sie diese

Gewalt rechtfertigen. Man erinnere sich nur einmal an die »revolutionäre Gewalt« der RAF oder der Roten Brigaden: Nur wenige entschlossen sich zum bewaffneten Kampf, doch waren in linksradikalen Kreisen durchaus Sympathien für deren Vorstellungen und Aktionen verbreitet.

Diese Selbstbefragung innerhalb der Muslimgemeinschaften ist etwas vollkommen anderes als ein Schuldeingeständnis, und sie ist auch keine Verpflichtung – in einer offenen Gesellschaft sind Menschen frei in ihrem Denken –, aber sie könnte aus einem Gefühl der Verantwortung heraus beginnen. Ein solcher Aufruf zur Selbstbefragung ist ein Weg, den Pluralismus sichtbar zu machen. Es ist schließlich von großer Bedeutung, dass sich zum Beispiel vor nicht allzu langer Zeit einhundert muslimische Gelehrte gegen den IS ausgesprochen haben. Ohne diesen öffentlichen Meinungsstreit in der muslimischen Welt wird der Kampf gegen den Dschihadismus in Europa nicht gewonnen werden.

Wir brauchen einen »Aufstand der Gemäßigten« in der muslimischen Gemeinschaft, denn das schafft Raum und sorgt mit der Zeit für Ruhe. Wir sind Zeugen der Geburtswehen eines autochthonen Islam, der sich allmählich von der Migrationserfahrung mit all ihren Unsicherheiten und dogmatischen Antworten löst. Die Kinder der Migranten können nicht in der Phase der Vermeidung verharren, sie werden den Konflikt, der oft im stillen Kämmerlein wütet, auch öffentlich austragen müssen. Nicht, um jemandem einen Gefallen zu tun, sondern um ihre eigene Freiheit zu sichern und sich eigene Möglichkeiten zu schaffen. In Moslemkreisen muss darüber nachgedacht werden, wie man sich zu den Zielen, gegen die sich diese Anschläge richten – das Recht auf freie Meinungsäußerung, die jüdische Gemeinde und die westliche Freizeitkultur –, verhält.

Nicht nur die Muslimgemeinschaften, auch die Gesellschaften in Europa müssen sich einigen drängenden Fragen stellen. Neben der Vorstellung, das Kalifat müsse wiederhergestellt werden, gibt es schließlich noch ein weiteres Motiv, das die europäischen Dschihadisten zu ihren Taten anstiftet. Man sagt, dass sie den Westen hasen, weil er ist, was er ist – nämlich eine liberale Demokratie –, und nicht wegen dem, was er tut. In dieser fundamentalen Ablehnung der

Gesellschaftsordnung – die sie als »Okzidentalismus« bezeichnen – sehen die Autoren Ian Buruma und Avishai Margalit eine Methode, um die westlichen Gesellschaften zu dehumanisieren: »Eine ganze Gesellschaft zu einer Masse von seelenlosen, dekadenten, geldgeilen, wurzellosen, ungläubigen, gefühllosen Parasiten zu erklären, ist eine Form der intellektuellen Vernichtung.«

Gleichzeitig ist diese vollkommene Ablehnung des Westens eine zu einfache Erklärung für die Radikalisierung von jungen Muslimen, denn sie lässt alle Kritik an der westlichen Politik im Mittleren Osten unerwähnt. Hinter der Abweisung der amerikanischen und europäischen Außenpolitik verbergen sich wichtige Fragen: Haben all diese Formen von Einmischung per saldo zu stabilen und demokratischen Gesellschaften in dieser Region beigetragen? Die Bilanz all dieser Interventionen ist nicht sonderlich positiv. Man denke nur an die Unterstützung, die der Westen Saddam Hussein während des Kriegs gegen den Iran zukommen ließ, an die beiden Golfkriege gegen eben dieses Regime von Saddam und schließlich an den Kampf gegen den IS, der unter anderem aufgrund des Machtmissbrauchs von Saddams Nachfolger, des schiitischen Ministerpräsidenten Al-Maliki, entstanden ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein wichtiges Motiv für die Anschläge in Paris darin bestand, die anonyme Gewalt, die in Syrien herrscht, in die europäischen Hauptstädte zu tragen, so wie sich 2004 der Anschlag in Madrid gegen die spanische Einmischung im Irak richtete.

Natürlich ist die Entartung des Arabischen Frühlings in einen arabischen Bürgerkrieg in erster Linie eine selbstgemachte Krise, doch auch der Westen steht vor einem riesigen Dilemma: Wie können wir die demokratische Kultur jenseits unserer eigenen Grenzen stärken? Die Vorwürfe vieler europäischer Dschihadisten gegen die westlichen Interventionen berühren durchaus auch ernsthafte Fragen. Zum Beispiel: Warum hat man nichts gegen Assad unternommen, der mehr Opfer auf dem Gewissen hat als der IS? Warum unterstützen westliche Mächte den Putsch in Ägypten gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten? Warum reden wir immer darüber, wie wichtig die Trennung von Staat und Kirche ist, und unterstützen zugleich einen theokratischen Staat wie Saudi-Arabien? Wir müssen zugeben:



In diesen Allianzen verlieren wir unsere Seele. Das Argument, westliche Interventionen seien durch die Sorge um Menschenrechte und Demokratie begründet, wird auf diese Weise unglaubwürdig.

Man hört immer wieder, das Ausland sei mehr und mehr zum Inland geworden, und das ist auch richtig. Damit spielt aber auch die Außenpolitik eine immer größere Rolle für den sozialen Frieden im eigenen Land. Deshalb ist eine gewisse Übereinstimmung zwischen den Normen, die man im Inland aufrechterhalten will, und den Normen, die für die internationalen Beziehungen gelten, durchaus wichtig. Anders ausgedrückt: Wenn Europa und Amerika ein Ideal des demokratischen Friedens verkörpern wollen, wie beurteilen sie dann die Aussichten auf Demokratie im Mittleren Osten, und wie vor allem glauben sie, diese Demokratie stärken zu können? Die Schlussfolgerung muss lauten, dass wir den Kampf gegen den Dschihadismus nur dann gewinnen, wenn wir zu einer Grundsatzdebatte über den Interventionismus im Mittleren Osten bereit sind.

Schließlich gibt es noch einen anderen Punkt, der im Kampf gegen den neuen Dschihadismus wichtig ist: Wir müssen eine klare Vorstellung von der Bedeutung der offenen Gesellschaft und vor allem von der Bedeutung der Gleichbehandlung haben. Hier liegt ein weiteres Motiv für Groll und Radikalisierung. Unter muslimischen Jugendlichen herrscht das Gefühl, es werde mit zweierlei Maß gemessen. Und damit haben sie sich nicht unrecht: Zu oft werden ihnen Normen vorgehalten, zu denen die Gesellschaft als Ganze nicht stehen will.

Hier und da beobachten wir als Reaktion auf die Radikalisierung die Neigung, unerwünschte Meinungen zu verbieten. Gewiss, wir müssen bei Aufrufen zur Gewalt die Meinungsfreiheit begrenzen. Dennoch ist Offenheit die beste Verteidigung, denn frühere Konflikte mit totalitären Ideologien – man denke nur an den Kalten Krieg – wurden eben dadurch gewonnen, dass wir den Prinzipien einer offenen Gesellschaft treu geblieben sind. Wir müssen Formen des Fundamentalismus – ob es sich dabei nun um Menschen handelt, die behaupten, für den Islam gebe es keinen Platz in der Demokratie, oder um Menschen, die sagen, für die Demokratie gebe es keinen Platz im Islam – ertragen können. Das erfordert allerdings tolerante

Mehrheiten, die an die Wechselseitigkeit glauben und die begreifen, dass das Recht des einen die Verantwortung des anderen ist.

Die Einmischung in den Krieg in Syrien erhöht die Gefahr von Anschlägen. Der Terrorismus ist eine ernste Bedrohung, wird unsere Gesellschaften aber am Ende nicht aus den Angeln heben. Das haben Städte wie Madrid und London nach großen Anschlägen durch ihre Spannkraft bewiesen. Zudem haben viele Länder vielfältige Erfahrung mit politischer Gewalt: Spanien hat die ETA überlebt, Deutschland die »bleierne Zeit« der RAF überstanden und Großbritannien die Jahrzehnte des IRA-Terrors. Es kostet Geld und Energie, verlangt den Bürgern vieles ab, doch letztendlich stellt der Terror keine existentielle Bedrohung dar, jedenfalls solange, wie keine Massenvernichtungswaffen im Spiel sind.

Ein anderer französischer Islamkenner, Olivier Roy, zieht daher auch folgende Parallele: »Man fragt sich unterdessen, woher die Faszination, die Bin Laden auf orientierungslose Jugendliche ausübt, kommt. Doch haben wir bereits die Faszination vergessen, die von Baader-Meinhof ausging?« Weniger beruhigend ist, was er dem hinzufügt: »Der große Unterschied ist, dass der islamische Radikalismus über eine potentielle soziale Basis verfügt, die den Marxisten immer fehlte: die heimatlose Muslimbevölkerung.« Diese Heimatlosigkeit finden wir in der islamischen Welt, aber auch in den Vorstädten von Lyon, Birmingham, Malmö, Rotterdam und anderswo. Daher ist gerade der Meinungsstreit ein unverzichtbarer Bestandteil des Versuchs, den Dschihadismus einzudämmen.

Auch frühere Formen von Terrorismus haben uns gelehrt, dass Ideen wichtig sind. Wenige haben die Grenze zur Gewalt überschritten, doch es gab viele Menschen, die Sympathie für die Motive und Taten der Terroristen empfanden. Darum ist es wichtig, die Debatte über die möglichen Motive, die die europäischen Dschihadisten dazu gebracht haben, sich auf den Weg in die Kampfgebiete des Mittleren Ostens zu machen, so offen wie möglich zu führen, mit allen unangenehmen Fragen, die dazugehören. Der Kernauftrag an Politiker und Bürger lautet, den Prinzipien der offenen Gesellschaft treu zu bleiben. Dies ist eine Voraussetzung, um die Konfrontation mit dem Dschihadismus siegreich zu überstehen.

In *Die Eingewanderten* wird der Nachdruck darauf gelegt, dass man die Immigration möglichst kontrollieren und lenken sollte. Dies ist eine Voraussetzung für die Integration der Neuankömmlinge. Wenn die Ankunft so vieler Menschen nicht als eine Entscheidung erlebt wird, die eine Gesellschaft trifft, sondern als etwas, das uns widerfährt, gelangen wir viel schwerer zu einer gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Veränderung. Und genau die steht jetzt, da die vielen Flüchtlinge das Bild einer Welt evozieren, die außer Kontrolle geraten ist, auf dem Spiel. Dieser Flüchtlingsstrom ist, neben der Radikalisierung junger Muslime, ein weiteres großes Problem für unsere Einwanderungsgesellschaften.

Seit Beginn dieser Krise werden die meisten Menschen von zwei Empfindungen umgetrieben, die schlecht zueinander passen. Auf der einen Seite ist da das Gefühl einer humanitären Verpflichtung, die auch akzeptiert wird, während auf der anderen Seite viele erwarten, dass die Ankunft so vieler Asylsuchender zu Spannungen führen wird. Bleiben wir bei dem Gefühl der Verpflichtung, denn es widerspricht allen Klischees über die fremdenfeindlichen Gesellschaften Westeuropas, die man oft genug zu hören bekommt. Und auch die Erwartung, dass die wachsende Zahl von Flüchtlingen nicht einfach in die Gesellschaft zu integrieren sein wird, zeugt nicht per se von einem Vorurteil, denn diese Ansicht basiert doch in erster Linie auf Erfahrungen, die man in den letzten vierzig Jahren mit Immigration gemacht hat.

Diese widerstrebenden Gefühle durchziehen die Meinungsbildung über die Flüchtlingskrise, wobei eine Reihe von Argumenten einander kreuzen: Mal geht es um Moral, dann wieder um Eigeninteresse, dann um Ohnmacht und schließlich auch noch um die Rechtsordnung. Bei den Befürwortern einer Aufnahme ohne Grenzen deuten all diese widersprüchlichen Erwägungen auffälligerweise in dieselbe Richtung: Die Aufnahme ist eine moralische Verpflichtung, die Einwanderung vieler junger Menschen ist in unserem eigenen Interesse, wir können die Grenzen sowieso nicht mehr kontrollieren, und das internationale Recht zwingt uns zu einer unbegrenzten Aufnahme.

Gegen all diese Überlegungen lässt sich etliches einwenden, und auch die Kombination all dieser Motive ist nicht selbstverständlich. Doch bevor wir die Vorstellung von einer unbegrenzten Aufnahme kritisch betrachten, bedarf es einer Antwort auf die Frage, ob die Zunahme der Flüchtlings- und Migrantenzahl inzidentelle oder strukturelle Ursachen hat. Es gibt ausreichend Hinweise darauf, dass Letzteres zutrifft, wenn wir die Zerrüttung in unseren Nachbarregionen betrachten. Europa ist umgeben von einer Reihe scheiternder Staaten: von den Rändern der ehemaligen Sowjetunion über den Mittleren Osten bis hin zum Maghreb.

Ich möchte mich hier auf die arabische Welt beschränken. Prognosen sagen voraus, dass die Bevölkerung in dieser Region noch sehr stark anwachsen wird. 1950 lebten in den Ländern dort 76 Millionen Menschen. 2010 war die Zahl auf 360 Millionen angewachsen, und sie wird nach Prognosen, die natürlich immer unsicher sind, bis zum Jahr 2050 630 Millionen erreichen. Diese demographische Fehlentwicklung sorgt dafür, dass der Druck auf diese Gesellschaften zunehmen wird. Man betrachte nur einmal ein Land wie Ägypten, wo die Hälfte der Bevölkerung jünger als 24 Jahre ist. Eine große Gruppe junger Menschen in der arabischen Welt ist in einer aussichtslosen Situation. Das Bildungsniveau ist zwar enorm gestiegen, aber die Chancen, Arbeit zu finden, sind klein, und deshalb wollen die meisten nur eins: weg.

Dieser Niedergang der arabischen Welt ist kein fatales Schicksal, Tunesien zeigt, dass es auch andere Optionen gibt. Die Ursachen dieser Flüchtlingskrise sind schließlich auch politischer und kultureller Art. Im bekannten *Arab Human Development Report* aus dem Jahr 2002 werden drei große Defizite benannt: die Unfreiheit und Unterdrückung, die schwache Position der Frauen sowie ein dramatischer Rückstand in Forschung und Technologie. Für alle drei Bereiche nennt der Report, der von führenden Wissenschaftlern aus der arabischen Welt geschrieben wurde, drastische Beispiele. Es gibt daher auch genug Gründe, davon auszugehen, dass das Chaos in unserer unmittelbaren Nachbarschaft erst einmal andauern wird, und dabei haben wir dann über weiter weg gelegene Regionen von Afrika oder den Fernen Osten noch gar nicht gesprochen.

Dies führt uns zur moralischen Dimension des Flüchtlingsproblems. Wir haben Fotos von verzweifelten Menschen gesehen, die alles wagen, um woanders eine sichere Existenz zu finden. Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart fließen ineinander über: Hinter den Flüchtlingsströmen in einem Niemandsland sehen wir die Bilder aus Bosnien in den Neunzigerjahren oder Bilder von flüchtenden Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs oder von Griechen, die in den frühen Zwanzigerjahren aus der Türkei fliehen. Und am Ende führen all diese Bilder zurück zu einem archaischen Ausgangspunkt: Den Exodus hat es zu allen Zeiten gegeben.

Wir können also unmöglich behaupten, wir hätten es nicht gewusst, und darum ist unser Gewissen nun auch belastet. Wir sagen, wir könnten die Bilder von einem ertrunkenen Kind nicht ertragen, doch was rufen sie in uns hervor? Bestimmt keine eindeutige Reaktion. Hilfsbereitschaft und Gelassenheit wechseln einander ab, und ich glaube, die Gelassenheit kann am Ende siegen, weil eine dauerhafte Betroffenheit nicht auf dem Schock gründen kann, der von Bildern verursacht wurde, sondern nur auf Erfahrungen, die Menschen machen und teilen, und auf Erfahrungen, die weitergegeben werden.

Gleichzeitig polarisiert sich die Diskussion zwischen aufgebrachtten und wohlwollenden Bürgern. Wir erleben in Deutschland vor allem moralische Extreme: Das helle Land wird gegen das dunkle Land ausgespielt, das Land der Willkommenskultur wendet sich ab vom Fremdenhass, der einen Teil der Bevölkerung in seinem Griff hat. Das waren die Worte des Bundespräsidenten Joachim Gauck, die er später korrigierte, denn natürlich, so sagte er, gebe es in der Mitte der Gesellschaft viele, die sich aufrichtig Sorgen machten über die unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen. Und tatsächlich geht es um eine Abwägung zwischen zwei Verpflichtungen: die Sorge für das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung innerhalb der Grenzen und die Sorge für Opfer von Gewalt außerhalb der eigenen Grenzen.

Wir müssen zurück zu Max Webers berühmter Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Bei der einen geht es um ein Handeln, das sich nicht um die Folgen kümmert, während eine Verantwortungsethik gerade die vorhersehbaren Folgen einer Entscheidung, die man trifft, bedenken will. Letztere

kommt zu dem Ergebnis, dass die vorhersehbaren Folgen einer unbegrenzten Aufnahme zunehmende Spannungen und Aggression in der Gesellschaft sein werden. Dem Unmöglichen ist niemand verpflichtet. Wenn Menschen mit einer liberalen Haltung nicht über Grenzen nachdenken wollen, dann ziehen am Ende Menschen mit autoritären Einstellungen die Grenzen. Darin liegt die Gefahr, und deshalb ist eine Moral, die die eigene Gewissensnot als Ausgangspunkt wählt, keine dauerhafte Moral. Eine Willkommenskultur, die zu sehr eine Wiedergutmachungskultur ist, scheitert.

Das bringt uns zu einem zweiten Begriff, der in der Flüchtlingsdebatte mitschwingt: Eigeninteresse. Weil man der eigenen Gesinnungsmoral nicht ganz vertraut, wird in einem Atemzug auf das Eigeninteresse verwiesen: Wir brauchen diese, oft jungen, männlichen Flüchtlinge sehr dringend für unseren vergreisenden Arbeitsmarkt. Dieses angebliche Eigeninteresse ist ebenso falsch verstanden wie der Charakter der moralischen Verpflichtung. Weil so beiläufig von einer »win-win-Situation« und von »menschlichem Kapital« gesprochen wird, ist es gut, auch die materiellen und immateriellen Kosten genau zu prüfen, damit wir besser informiert dennoch großzügig »ja« sagen können.

Die immateriellen Kosten werden sehr deutlich in einem Interview mit dem deutschen Menschenrechtsexperten Max Klingberg, der schon seit fünfzehn Jahren in Asylzentren arbeitet: »Wir, die wir professionell oder ehrenamtlich in Asylzentren helfen, und auch die Politiker müssen sich von dem Gedanken losmachen, dass alle Flüchtlinge Menschenrechtsaktivisten sind.« Er sagt weiter, dass Minderheiten und Frauen es in den Aufnahmelagern sehr schwer haben: »Wir müssen uns klarmachen, dass sich die Vorstellungen von Flüchtlingen nicht ändern, sobald sie die Grenze nach Europa überschreiten.« So bekommt die Flüchtlingsfrage noch einen weiteren problematischen Aspekt: Bieten wir auch den Menschen Zuflucht, die unsere Gesellschaften zutiefst in Zweifel ziehen oder sogar verachten?

Solche Ausprägungen von Frömmigkeit und Tradition gelten gewiss nicht für alle Flüchtlinge, doch sie sind auch keine marginalen Phänomene. Aber auch dann kann man noch sagen: Wir sind offen

für Menschen in Not, auch wenn wir wissen, dass Unterdrückung jemanden nicht automatisch zu einem Freund der Freiheit macht. Doch nun wissen wir, wofür wir uns entscheiden, denn durch das Aufeinandertreffen von sehr unterschiedlichen Weltbildern kommt es zu Spannungen in einer Gesellschaft. Der amerikanische Wissenschaftler Robert Putnam hat in einer Studie gezeigt, dass in multiethnischen Vierteln das Vertrauen zwischen den Bürgern bedeutend niedriger ist. Diese Feststellung ist unumstritten, über seine Erklärung ist eine interessante Diskussion entstanden. Dieses Misstrauen ist kein unabänderliches Schicksal. Es kann sich in diesen Vierteln durchaus ein neuer Zusammenhalt entwickeln – irgendwann werden die Neuankömmlinge von heute zu den Alteingesessenen von morgen –, aber das dauert entsprechend lange.

Dazu kommen die materiellen Kosten. Die Arbeitspartizipation von Flüchtlingen ist in den Niederlanden – und damit stehen sie nicht allein – nicht gut: Somalier 26 Prozent, Iraker 34 Prozent, Afghanen 42 Prozent und Iraner 60 Prozent. Die Schlussfolgerung einer Studie: »Die nicht berufstätige Bevölkerung ist bei den Flüchtlingsgruppen am größten, mit Ausnahme der iranischen Niederländer.« Woher nehmen wir eigentlich das Selbstvertrauen, dass es mit diesen neuen Flüchtlingen in den kommenden Jahren besser verlaufen wird? Eine realistische Einschätzung ist, dass die Mehrheit der neuen Flüchtlinge in den kommenden fünf bis zehn Jahren keine Arbeit finden wird.

Schließlich das demographische Argument: Wir brauchen die überwiegend jungen Flüchtlinge, weil unsere Gesellschaften vergreisen. Aber die Überalterung der Bevölkerung kann nicht durch Migration kompensiert werden. Ein Institut der Vereinten Nationen hat 2002 berechnet: Will man den Druck, der durch Überalterung auf den Gesellschaften lastet, bis 2050 auf demselben Niveau halten, dann müsste die europäische Nettomigration pro Jahr etwa 24 Millionen Menschen betragen. Über einen Zeitraum von fünfzig Jahren bräuchte man 1,3 Milliarden Migranten, mehr als doppelt so viele Menschen, wie heute in Europa leben. Kurzum: Überalterung an sich kann nie ein Argument für umfangreiche Immigration sein.

Insgesamt ist die Berufung auf Eigeninteresse nicht besonders

überzeugend, wenn wir den Flüchtlingsstrom betrachten, und daher wird hier noch ein Argument angeführt. Vielleicht ist es nicht in unserem eigenen Interesse, aber wir können die Menschen nicht aufhalten, die Grenzen können de facto nicht mehr kontrolliert werden. Es war ein Gefühl der Ohnmacht, das Angela Merkel zu der Bemerkung hinriss, Deutschland könne seine 3000 Kilometer lange Grenze nicht mehr kontrollieren. Seltsamerweise spielt diese Ohnmacht plötzlich keine Rolle mehr, wenn es um ein gigantisches soziales Projekt geht. Die Frage, ob möglicherweise mehr als eine Million Flüchtlinge innerhalb eines Jahres integriert werden können, wird nämlich mit einem »Wir schaffen das!« beantwortet. Warum kann ein hochentwickeltes Land, das seine Bürger Tag und Nacht abhört, seine Grenzen nicht mehr bewachen? Man kann sich für offene Grenzen entscheiden, aber man sollte den politischen Unwillen, die Grenzen zu sichern, dann nicht als polizeiliche Ohnmacht ausgeben.

Wir sehen sofort, dass es nicht um tatsächlichen Kontrollverlust geht, wenn wir die Versuche betrachten, mit der Türkei eine Übereinkunft zu treffen, in der Zusagen gemacht werden, die – im Tausch gegen eine effektivere Grenzkontrolle der Türkei – Erdogans Position stärken. Warum aber sollte dieses Land schaffen, was das übrige Europa auf einmal nicht mehr kann? Tatsächlich delegieren wir die Grenzkontrolle an Erdogans autoritäres Regime, so wie wir es früher Gaddafis Libyen und Marokko überlassen haben, die illegalen Migranten aus Afrika rigide zurückzuweisen. Das kann man machen, aber man sollte dann nicht von Ohnmacht und schon gar nicht von einer moralischen Verpflichtung sprechen.

Wir sehen jetzt, wie verletzlich und erpressbar die Europäische Union geworden ist. Die Binnengrenzen wurden abgeschafft, und jahrelang mangelte es am Bewusstsein einer gemeinsamen Außen- grenze, die auch bewacht werden muss. Der ehemalige Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, machte darauf aufmerksam: »Europa, der Freund von Freiheit und Offenheit, wird nun als eine Gefahr für Sicherheit und Heimat betrachtet. Wir müssen das Gleichgewicht wiederherstellen: Es ist entscheidend für die Union, dass sie auch Schutz bietet.« Europa muss eine Sicherheitsgemeinschaft werden wollen, muss aber auch eine Wertegemeinschaft blei-



ben. Beide Ziele miteinander in Einklang zu bringen, ist eine schwierige Aufgabe in Zeiten, in denen wir mit so viel Gewalt in unserer Nachbarschaft konfrontiert werden.

Weil der Verweis auf die eigene Ohnmacht am Ende nicht überzeugt, wird schließlich das internationale Recht angeführt, der vierte Begriff, der unsere Haltung bestimmt. Wir können die europäischen Grenzen besser kontrollieren, aber die UN-Flüchtlingskonvention macht eine Eindämmung der Flut von Asylsuchern unmöglich. Es fällt auf, dass der Umgang mit dem Völkerrecht in diesem Punkt nicht wirklich einheitlich ist. Wenn Politiker wie der Flame Bart De Wever suggerieren, die aus dem Jahr 1951 stammende Genfer Konvention bedürfe der Anpassung, dann fällt ein Heer von Völkerrechtsspezialisten über ihn her, aber von denselben Juristen hört man nichts, wenn Deutschland eigenmächtig den Vertrag von Dublin außer Kraft setzt und für überholt erklärt. Natürlich, Dublin ist nicht Genf, was aber irritiert, ist die selektive Anwendung des Völkerrechts.

Auch die Anwendung des Asylrechts ist sehr willkürlich: So konnte es geschehen, dass Kanada 1996 rund 80 Prozent der Asylsuchenden aus Sri Lanka als Flüchtlinge anerkannte, während im selben Jahr in Großbritannien praktisch kein Asylantrag von Menschen aus diesem Land positiv beschieden wurde. Der ehemalige französische Minister Anicet Le Pors, lange Zeit Richter für Asylverfahren, hat dies für Frankreich untersucht. Unter der Überschrift »Die große Lotterie des Asylrechts« wurde er unlängst in *Le Monde* interviewt, und in diesem Gespräch erwähnte er auch die großen Unterschiede zwischen den Richtern, die Urteile in Asylverfahren fällen.

Es kommt noch etwas Entscheidendes hinzu: Nach Ansicht von Befürwortern offener Grenzen gibt es einen Widerspruch im Völkerrecht. In der universellen Menschenrechtserklärung ist festgelegt, dass jeder Mensch das Recht hat, sein Land zu verlassen und wieder zurückzukehren. Nirgendwo ist aber festgehalten, dass es auch eine Verpflichtung gibt, Menschen, die ihr Land verlassen, aufzunehmen, mit Ausnahme der Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt werden. Kurzum: Emigration ist ein universelles Menschenrecht, das aber mit der beschränkten Immigrationspolitik kollidiert, die noch immer Teil der nationalen Souveränität ist.

Befürworter von offenen Grenzen weisen auf diesen Widerspruch hin und sagen, Alteingesessene hätten keine besonderen Vorrechte im Vergleich zu Neuankömmlingen. Wer seien wir, dass wir glauben, ein »Erstgeburtsrecht« zu haben? Doch jede Gemeinschaft existiert aufgrund von Grenzen, ohne eine Trennung zwischen Dazugehörigen und Außenstehenden geht es nicht. Bürgerrechte und Menschenrechte muss man unterscheiden. Kurz gesagt: Menschenrechte sind universell, Bürgerrechte territorial. Nicht jeder hat Anspruch auf die Rechte, die es innerhalb unserer Grenzen gibt. Vor allem der Versorgungsstaat beschränkt die Zahl der Menschen, die in unsere Gesellschaft aufgenommen werden können. Eine unbegrenzte Willkommenskultur bedeutet, dass die Bürgerrechte ohne jede Einschränkung für alle gelten müssen, die Anspruch darauf erheben.

Wir brauchen also eine Verantwortungsethik, die die vorhersehbaren Folgen einer unbegrenzten Aufnahme von Flüchtlingen bedenkt, eine realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Kosten und Konflikte, welche die Aufnahme von so vielen Neuankömmlingen mit sich bringt, den Abschied von der selbstgeschaffenen Ohnmacht in Bezug auf die Kontrolle unserer Grenzen und schließlich einen Umgang mit dem internationalen Recht, der die humanitäre Verpflichtungen mit der Möglichkeit verbindet, die Aufnahme von Flüchtlingen zu begrenzen.

Die Wahlmöglichkeiten liegen auf der Hand: unbegrenzte Aufnahme um den Preis von Spaltung und Konflikt oder begrenzte Aufnahme mit der Gewährleistung von Bürgerschaft und sozialem Zusammenhang. Ohne eine Begrenzung der Migranten- und Flüchtlingszahlen wird die Destabilisierung der Region zur Destabilisierung der eigenen Gesellschaft, wird der Niedergang insbesondere der arabischen Welt immer mehr zum Bestandteil unserer eigenen Gesellschaften. Dies ist kein unausweichliches Schicksal, denn die Flüchtlinge sind Ausdruck von Konflikten, die gesellschaftliche und politische Ursachen haben, auch wenn die Bilder der zerlumpten Menschen auf der Flucht den Eindruck einer Naturkatastrophe erwecken.

Es sind sehr wohl Antworten denkbar, die humanitäre Verpflichtungen und politischen Realismus miteinander versöhnen können. Notwendig ist ein dauerhaftes Engagement in der Flüchtlingsfrage,

das noch viele Jahre unsere Aufmerksamkeit erfordern wird, und nicht der bevormundende Ton, in dem die Sorgen vieler beiseitegewischt werden. Woher kommt nur dieses Unvermögen in wohlmeinenden Kreisen, über die moralische Bedeutung von Grenzen nachzudenken? Welche Verlegenheit wird hier sichtbar? Ich würde sagen: Gerade um großzügig zu bleiben, brauchen wir Grenzen.

Hans Magnus Enzensberger argumentiert in *Aussichten auf den Bürgerkrieg* auf der Linie einer solchen Verantwortungsethik und stellt fest, dass wir uns von moralischen Allmachtsphantasien verabschieden müssen: »Moralische Forderungen, die in keinem Verhältnis zu den Handlungsmöglichkeiten stehen, führen am Ende dazu, dass die Geforderten gänzlich streiken und jede Verantwortung leugnen. Darin liegt der Keim einer Barbarisierung, die sich bis zur wütenden Aggression steigern kann.« Diese Gefahr droht, und darum ist eine Moral, die in erster Linie die eigene Gewissensnot als Ausgangspunkt wählt, keine haltbare Moral.

## IV

Kehren wir zurück zur wichtigsten These meines Buchs, zu der Vorstellung, dass Integration in einem Zyklus von Vermeidung, Konflikt und Akzeptanz verläuft. Dabei wird deutlich, dass es in dem Konflikt um die Frage gehen muss: Wie soll eine wirkliche Akzeptanz der Immigration als Teil der Gesellschaft aussehen? Wir suchen nach einem neuen Umgang mit den migrationsbedingten Veränderungen. Das ist etwas anderes als Gelassenheit oder das machtlose Gefühl, dass die Dinge nun einmal so sind, wie sie sind. Wenn es um die Beherrschung der Migration geht, hört man oft: Wir leben in einer grenzenlosen Welt, und die Leute kommen sowieso, ob uns das nun gefällt oder nicht. Wir erleben den Beginn einer Völkerwanderung, und es werden sich noch viele auf den Weg zu uns machen.

Solch einschüchternde Reden haben der Toleranz nicht gutgetan. Zu sehr beschränken sie sich auf die Feststellung der Tatsache:

»Menschen sind stärker in Bewegung.« Immigration und Integration müssen Bestandteil eines Zivilisationsideals sein, auf das man hinarbeiten kann und das den Ausgangspunkt einer öffentlichen Debatte bildet. Ist das unmöglich, weil man glaubt, die Globalisierung bedeute das Ende der politischen Machbarkeit, dann darf sich niemand wundern, wenn die Freiheiten in Misskredit geraten. Denn was kann der Wert einer Demokratie sein, die sich selbst bei den wichtigsten Problemen, die das tägliche Leben ihrer Bürger berühren, für machtlos erklärt?

Wir kommen nicht um die Frage herum, wie wir einer offenen Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung Form geben wollen. Der Kernpunkt ist in dem Gedanken der »Wechselseitigkeit« zusammengefasst: Integration betrifft niemals nur die Neuankömmlinge, sondern sie ist eine Aufgabe der Gesellschaft als Ganzes. Das ist die große Frage, die in diesem Buch in veränderter Form immer wiederkehrt. Wer andere dazu ermuntert, sich »einzubürgern«, muss selbst zumindest eine Vorstellung davon haben, was es bedeutet, Bürger zu sein, und er muss diese Vorstellung auch, soweit das eben geht, in die Praxis umsetzen. Das erklärt die für die Integrationsdebatte typische Verlegenheit: Die Fragesteller, also die Alteingesessenen, werden früher oder später selbst Teil der Frage, die sie stellen. Die Suche ist in vollem Gange, und so erneuert die Gesellschaft sich und gewinnt hinzu. Das ist, nach den Worten, die ich für den Verlust zu finden versucht habe, der wirkliche Gewinn, den die Migration mit sich bringt: Sie zwingt eine Gesellschaft zur Selbstbefragung.

Ich will ein Beispiel nennen: Offensichtlich ist die Beherrschung einer Sprache für Menschen von entscheidender Bedeutung, um in einer Gesellschaft erfolgreich zu sein. Daher haben wir in den vergangenen Jahren auch sehr viel über Sprachdefizite in Migrantenfamilien gesprochen oder über das, was heutzutage »unzureichend alphabetisiert« genannt wird. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Gegenfrage gestellt wurde: Wie gut können eigentlich die autochthonen Niederländer lesen und schreiben? Und es zeigte sich sehr bald, dass es auch unter ihnen Hunderttausende gibt, die damit Probleme haben. Diese »Entdeckung« war der Anlass für die Gründung einer Initiative zur Bekämpfung des Analphabetismus.

So macht die Debatte über Integration ein neues soziales Problem sichtbar, das viel weiter geht als lediglich die Emanzipation von Migranten. Die wachsende Kluft zwischen hoch- und niedrigqualifizierten Menschen in unserer Gesellschaft verlangt unsere Aufmerksamkeit. Der flämische Schriftsteller David Van Reybrouck sieht darin eine der wichtigsten Ursachen für das Unbehagen in der Demokratie, weil sich viele Menschen mit niedrigem Bildungsgrad nicht mehr vertreten fühlen: »Ebenso wie in den Niederlanden ist auch in Belgien eine Parallelgesellschaft entstanden. Geringqualifizierte sind in der Mehrheit, fühlen sich aber aufrichtig als diskriminierte Minderheit.«

Inzwischen ist sicher deutlich geworden, dass ich die Integrationsfrage nicht nur als eine Kollision von Kulturen betrachte, sondern auch als ein soziales Problem. Kein Zufall, dass mein Essay über das multikulturelle Drama damit beginnt. Zusammenfassend: Die soziale und kulturelle Dimension des Integrationsprozesses dürfen nicht wechselseitig aufeinander zurückgeführt werden, und zugleich muss die Einbettung der Migrationsproblematik in die allgemeinen gesellschaftlichen Probleme immer wieder betont werden.

Damit ist auch gesagt, dass die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration nicht vollständig der Politik überantwortet werden kann. Neben nationalen und lokalen Behörden müssen dabei auch andere eine wichtige Rolle spielen: die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände und die Kirchen. In Gesprächen ist mir allerdings deutlich geworden, dass die Neigung, auf staatliche Institutionen zu verweisen, sehr groß ist. Dies ist auch ein Unterschied zu den Vereinigten Staaten, wo zum Beispiel Kirchen bei der Integration von Migranten eine wichtige Rolle spielen. Die Kirchen in den meisten europäischen Ländern geben hochtrabende Erklärungen zu den moralischen Aspekten der Asylproblematik ab und veranstalten endlose interreligiöse Konferenzen, sind aber ziemlich abwesend, wenn es um praktische Fragen geht.

Auch die Gewerkschaften bleiben eher am Rand – unter anderem aus Furcht, die Basis zu spalten – und überlassen die Debatte über Immigration ganz den Arbeitgebern. Ich kenne kein anderes gesellschaftliches Problem von solcher Wichtigkeit, das komplett den Un-

ternehmern überlassen wird. Die haben ihrerseits durchaus Interesse daran, Menschen ins Land zu holen, die kurzfristig gebraucht werden, überlassen es aber anderen, sich um die Integration zu kümmern. Kurzum, was wir die gesellschaftliche Mitte nennen, gibt es in unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr, und das erklärt vielleicht auch, warum die staatlichen Instanzen überfordert sind von dem, was im Kern ein gesellschaftliches Problem ist.

Durch die Ankunft so vieler Migranten wird die Gesellschaft als Ganze gefordert. Offenheit ist wichtig, unsere Institutionen und Unternehmen müssen sich viel mehr bewusst machen, wie viel neues Talent es jetzt gibt. Doch wie umschreiben wir das Neue? Sagen wir, Abdelkader Benali ist eine marokkanische Stimme in der niederländischen Literatur, oder Emine Sevgi Özdamar ist eine türkische Stimme in der deutschen Literatur, oder Salman Rushdie ist eine indische Stimme in der britischen Literatur? Oder sagen wir: Hier entsteht etwas Neues, und wir lehnen es ab, dieses Neue auf die Faktoren Herkunft und Ankunft zu reduzieren?

Wir beobachten eine andere Perspektive: Statt einer gemeinsamen Zukunft wird immer stärker die unterschiedliche Herkunft betont. Diversität ist das neue Modewort: Wer ein wenig googelt, wird Tausende von Diversitätskongressen, Diversitätsmanagern und Diversitätsprojekten finden. Dies ist ein florierender Geschäftszweig geworden. An sich ist wenig gegen die Feststellung einzuwenden, dass der Arbeitsmarkt sich verändert: mehr Frauen, mehr Senioren und auch mehr Immigranten. Unternehmen und Behörden tun gut daran, dies in ihrer Personalpolitik zu berücksichtigen. Außerdem könnte man sich vorstellen, dass diese zunehmende Diversität dazu benutzt werden könnte, Menschen beizubringen, Probleme aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Dies könnte zu einer Gesellschaft beitragen, in der der Dialog gepflegt wird.

Das aber erfordert Menschen, die den Konformismus durchbrechen. Und aus genau diesem Grund hat die Art und Weise, wie heute Diversität angestrebt wird, eine problematische Seite und trägt letztlich nicht zur Akzeptanz der Veränderungen bei, die unsere Gesellschaft durchmacht. Diversitätspolitik hat nämlich den Nachteil, dass sie oft Stereotypen verstärkt. Sie läuft Gefahr, Menschen als

Mitglied einer Gruppe anzusprechen, von der man annimmt, dass sie ihr angehören.

So werden nicht nur Migranten, sondern auch ihre Enkel und Kinder zu Trägern der Kultur dieser Gruppe gemacht. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Ein Junge aus einer türkischen Familie sagte zu mir: »Ich streite mich mehr mit meinen Eltern als mit der deutschen Gesellschaft.« Von Generation zu Generation findet eine Veränderung statt: Nicht nur nimmt die Beherrschung der Sprache des Herkunftslandes ab, die zweite und dritte Generation überweist auch weniger Geld an Verwandte, die zurückgeblieben sind. Die Bindung an das Land der Eltern und Großeltern wird insgesamt schwächer, und immer öfter wird auch ein anderes Urlaubsziel gewählt. Außerdem schrumpft die Familiengröße rasch, und wir beobachten eine Zunahme von gemischten Ehen. Lauter Hinweise darauf, dass sich in der intimen Atmosphäre des Familienlebens vieles ändert.

Dies ist eine Entwicklung mit manchen Rückschlägen, aber wir müssen uns weiterhin das Bild von einer Gesellschaft vor Augen halten, in der Menschen nicht nach ihrer Herkunft beurteilt, sondern nach ihrer Zukunft gefragt werden. Diversitätsmanagement, das auf dem Unterschied zwischen »autochthon« und »allochthon« basiert, muss daher etwas Befristetes sein. Eine Immigrationsgesellschaft steht und fällt schließlich mit der Fähigkeit ihrer Bürger, über ethnische Trennlinien hinwegzusehen. Diese Befristung war der ursprüngliche Gedanke der positiven Diskriminierung in Amerika, und der Anthropologe Peter Wood hat recht, wenn er kritisch bemerkt: »Das Denken in Begriffen der Diversität kann historisch verstanden werden als die Umwandlung von befristeter Bevorzugung durch positive Diskriminierung in dauerhafte Rechte.«

Wir müssen uns davor hüten, Menschen mit einem Migrationshintergrund dafür einzusetzen, dass sie sich um die »eigene« Gemeinschaft kümmern oder sie zur Ordnung rufen. Etwa in der Art: Es gibt Probleme im Amsterdamer Viertel Slotervaart oder im Brüsseler Viertel Molenbeek oder in Lozells in Birmingham, das ist etwas für unsere marokkanischen oder pakistanischen »Büttel«. Menschen so zu benutzen heißt gleichsam, Loyalitätskonflikte heraufzubeschwören. Ich erinnere mich noch gut an den marokkanischen Hausmeis-

ter einer Schule in Amsterdam-West, der mir zutiefst bewegt erzählte, wie schwer es ihm falle, Kinder aus seiner Gemeinschaft zur Ordnung zu rufen – was ja von ihm erwartet wurde – und gleichzeitig mit den abweisenden Reaktionen in seinem Viertel konfrontiert zu werden. »Als ein Junge wegen Fehlverhalten von der Schule verwiesen wurde, hat man mich auf der Straße angespuckt.« Ähnliche Geschichten habe ich auch im Stadtteil Rosengard in Malmö, in Venissieux in Lyon und in vielen anderen Problemvierteln unserer großen Städte gehört.

So war es – mit all meinen Unausgewogenheiten – eine fortwährende Suche nach dem Umgang mit der symbolischen Bedeutung von Immigration. Einer der zentralen Gedanken von *Die Eingewanderten* ist, dass eine falsch verstandene Vorstellung vom »Weltbürger« zur Rückkehr des »Kleinbürgers« beigetragen hat. Während der eine von einer grenzenlosen Welt schwärmt, scheint der andere sich in der engstirnigen Vorstellung »das eigene Volk zuerst« verkrochen zu haben. Es verheißt für die Demokratie nicht viel Gutes, wenn dieser Gegensatz sich vertieft – und wir beobachten zurzeit, wie dies mit Macht geschieht. Darum müssen wir jenseits dieses Gegensatzes nach dem heutigen Bürger suchen, der sich mit der Gemeinschaft verbunden fühlt, deren Teil er ist, *und* der offen ist für die Welt um ihn herum.

Ich habe am Anfang gesagt, dass es große Unsicherheit in Bezug auf die Folgen der Migration gibt. Mein Ausgangspunkt war immer, dass ich darüber nicht nur als Außenstehender oder unbeteiligter Beobachter sprechen will, sondern als Teilnehmer, als Teil des Problems. Ich kann nicht sonderlich viel anfangen mit Leuten, die selbstgenügsam über die Bewohner der alten Viertel sprechen, die so intolerant geworden seien; ihre eigene Toleranz dagegen stehe außer Zweifel.

Die Unsicherheit ist so groß, weil die Debatte über Immigration und Integration so vieles berührt, Institutionen wie die Schule oder den Versorgungsstaat, oder Grundrechte wie die Meinungsfreiheit. Die Diskussion darüber ist in Europa im vollen Gang, und überall beobachten wir zahlreiche Konflikte. Die Absicht von *Die Eingewanderten* ist es, über die Gegensätze hinauszugelangen, doch das



ist nur möglich, wenn wir die Ursachen des Unbehagens kennen und wenn wir eine Vision von der Gesellschaft haben, die durch die Migration unumkehrbar verändert wird.

Konservatismus kann nie die ganze Antwort sein. Ich suche ausdrücklich nach Lösungen jenseits der Selbstversicherung von »das eigene Volk zuerst«. Aber auch die Selbstverleugnung hilft nicht wirklich, die Vorstellung einer »Welt ohne Grenzen«, in der Nationalität eigentlich keine Rolle mehr spielt. Meine Schlussfolgerung lautet: Gesucht wird ein neues »Wir«. Weder die alten noch die neuen Stadtbewohner scheinen sich dies ausreichend vor Augen zu führen. Jedenfalls verhalten sie sich nicht entsprechend. Das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit muss wachsen. Und: Ohne eine vorgestellte Gemeinschaft gibt es keine gemeinsame Verantwortung für das Wohl und Wehe der Gesellschaft. Aber dieses »Wir« wird weiter gefasst sein müssen und auch die Neuankömmlinge von heute mit einbeziehen.

Eine neue Vision bedeutet auch, dass von den Bürgern – ob alteingesessen oder neu angekommen – nicht verlangt wird, in der Gesellschaft aufzugehen, wie sie ist, sondern sich vor allem mit einer Gesellschaft zu identifizieren, wie sie sein könnte. Gibt es Bestrebungen, denen man sich anschließen möchte, gibt es Ansätze, um die Gesellschaft ihrer Norm der Gleichbehandlung näherzubringen? Wechselseitigkeit als Grundprinzip von Bürgerschaft bedeutet: Wer die Diskriminierung von Migranten und ihren Kindern bekämpfen will, muss auch bereit sein, andere Formen von Diskriminierung – etwa von Ungläubigen oder von Homosexuellen – in den Migrantengemeinschaften zu bekämpfen. Gleichbehandlung kann nicht nach Belieben eingefordert werden. Früher oder später müssen wir uns alle trauen, durch die Drehtür unserer Vorurteile zu gehen.

Wir sind zu abhängig voneinander geworden, um nicht über Vorurteile zu sprechen. Ich war in einer Schule in Antwerpen zu Gast, wo eine große Mehrheit der Schüler aus muslimischen Familien kommt. Ein Schüler scherzte: »Ich habe die Belgier an unserer Schule gezählt. Es sind dreiundzwanzig.« Die Schule hat eine lange Tradition, und viele der Kinder kommen gut zurecht. Gleichzeitig aber erzählten die Lehrer, dass es schwierig geworden sei, im Biologieun-

terricht über die Evolutionslehre, im Geschichtsunterricht über den Holocaust und im Literaturunterricht über einen »perversen« Autor wie Oscar Wilde zu sprechen. Auch dies sind Geschichten, die man in zahlreichen europäischen Ländern zu hören bekommt. Und dann muss man eine Entscheidung treffen: Beugt man sich den Vorurteilen, die die Kinder von zu Hause mitbringen, oder geht man mit Geduld und Hingabe dagegen an?

Umgekehrt gilt natürlich auch, dass eine Gesellschaft, die von sich behauptet, nach dem Prinzip der Gleichbehandlung leben zu wollen, ein offenes Ohr für Vorwürfe über Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder im Freizeitbereich, etwa beim Einlass in Clubs, haben muss. Dabei geht es um Überzeugung, nicht um Zwang. Der größte Irrtum besteht darin zu glauben, Vorurteile könnten anders als mit viel reden und wechselseitigem Vertrauen überwunden werden.

Ich bin in den letzten Jahren auf eine Weise durchgeschüttelt worden, die mir immer in Erinnerung bleiben wird. Vor allem die Reaktionen vieler Leser haben mich berührt. Eine endlose Rundreise durch die Niederlande und zahlreiche andere Länder, in denen das Buch veröffentlicht wurde, hat mich gelehrt, dass die betroffenen Stimmen aus den Migrantengemeinschaften unentbehrlich sind, wenn die Diskussion nicht versanden soll. Es stimmt schon lange nicht mehr, dass die Meinungsbildung über die »multikulturelle« Gesellschaft die Sache von autochthonen Meinungsmachern ist. Das war sie im Übrigen nie, denn wer wollte, der konnte auch schon vor zehn oder fünfzehn Jahren interessante Beiträge aus den Kreisen der Migranten und ihrer Kinder entdecken. Und der Chor dieser Stimmen ist angeschwollen und lässt sich nicht mehr wegdenken.

Ich bin ungeduldig, denn schließlich haben wir unglaublich viel Zeit damit vertan, einander in Igelhaltung zu umkreisen. Wie oft habe ich nicht gehört, die Machtungleichheit zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen sei viel zu groß, um von Wechselseitigkeit zu sprechen. Bemerkungen in der Art wie: »Man darf von den unteren Schichten nicht dasselbe verlangen wie von der Oberklasse.« Das halte ich für falsch. Eine solche Haltung führt nur zu Bevormundung, zu der Vorstellung, die Menschen in den Migranten-

gemeinschaften seien für ihr Schicksal nicht verantwortlich. Gerade indem man von einer gemeinsamen Bürgerschaft ausgeht, schafft man die Möglichkeit, als Gleiche die öffentliche Arena zu betreten.

Fast alle Vorträge, die ich im Zusammenhang mit meinem Buch gehalten habe, habe ich mit einer Anekdote beendet. Bei einer dieser Diskussionen war ich in einem Saal mit vielen Vertretern aus der surinamischen Gemeinschaft in Amsterdam, und irgendwann sagte jemand in beleidigtem Ton: »Keiner spricht mehr über uns.« Ich dachte: Freu dich doch, denn wenn man über euch als Gruppe spricht, dann meistens, weil es einen Haufen Probleme gibt. Doch der Hintergrund war, dass die Probleme mit marokkanischen Jugendlichen im Mittelpunkt des Interesses standen. Und wie das nun einmal so ist: Wer für Probleme sorgt, kann mit großer finanzieller Unterstützung rechnen.

Ich verstand die Verärgerung, dachte aber auch: Das ist die Geschichte von Migration und Integration. All diejenigen, die einst als Außenseiter betrachtet wurden, sind Schritt für Schritt zu Teilhabern geworden, und tatsächlich werden die Surinamer zu einem Teil der vorgestellten Niederlande. Dieser Prozess ist noch nicht beendet, und es gibt noch viele Probleme in den surinamischen Familien, die Aufmerksamkeit erfordern. Als ich die Beschwerde vernahm, fragte ich mich doch, wie lange es noch dauern würde, bis ich in einem Saal in Amsterdam, Berlin oder Bradford mit Vertretern aus der marokkanischen oder türkischen oder pakistanischen Gemeinschaft sitze und dieselbe bittere, aber Hoffnung schenkende Klage höre: »Keiner spricht mehr über uns«? Nicht so lange, wie wir heute denken.

I

DER KOFFER UNTERM BETT



## Toleranz unter Druck

»Willkommen«, ertönt es unerwartet von der anderen Straßenseite. »Gefällt es Ihnen hier?« Gewiss, es gefällt mir sehr gut, ganz ungelogen, denn die marokkanische Hafenstadt Tanger ist in den Sommermonaten ein einladendes Durcheinander. Auf dem Boulevard flaniert Jung und Alt, verhüllt und unverhüllt. Die Stadt ist voll mit zurückkehrenden Migranten. Ihre Kinder sind oft modisch gekleidet, und am Steuer ihrer großzügig bemessenen Wagen verkörpern sie in den Augen der Hiergebliebenen eine Erfolgsgeschichte.

Dieses »Willkommen« hatte ich in den Wochen davor schon des öfteren vernommen, denn in Marokko gibt es eine lange Tradition der Gastfreundschaft. Diesmal aber kam die Begrüßung aus dem Mund eines jungen Marokkaners, der mich in meiner Muttersprache anredete, zudem noch mit einem Amsterdamer Akzent. Er sprach mich mit dem Stolz eines Gastgebers an: »Dies ist mein Land, wie findest du es?« Wir unterhielten uns ein wenig über hier und dort, er stieg zu seinen Freunden ins Auto und verschwand im Gedränge.

Ich blieb einigermaßen verwirrt zurück, denn derjenige, der mich angesprochen hatte, war ein Landsmann. Wenn sie es nicht schon an seiner Haltung gesehen hatten, bemerkten die Händler auf dem Markt spätestens, wenn er den Mund aufmachte, dass er im Ausland zur Welt gekommen war. Die Preise waren für ihn höher als für die Einheimischen, auch er war in erster Linie ein umherlaufendes Portemonnaie. Wie ein Tourist machte er Ferien in einem Land, das er nur oberflächlich kannte, eigentlich nur aus den Erzählungen seiner Eltern.

Aus seinem »Willkommen« hörte ich nicht nur eine freundliche Begrüßung heraus, sondern auch bittersüße Rache. Endlich konnte er etwas präsentieren, was ihm gehörte, endlich waren die Rollen einmal vertauscht. Die Gäste, die er begrüßte, waren schließlich die-

jenigen, die ihm in ihrem Land oft den Rücken zuehrten. Durch das fast provozierende »Willkommen« wurde der niederländische Besucher auf seine Defizite im Hinblick auf Fremde hingewiesen. So empfand ich es jedenfalls.

Landsleute in der Fremde, aber gleichzeitig auch Fremde im eigenen Land. Das ist die Unsicherheit, über die ich hier sprechen möchte. Eine Unsicherheit, die milde, aber auch schmerzende Aspekte hat. Hinter dem »Willkommen«, das in einem fremden Land ausgesprochen wird, verbirgt sich ein Niemandland, die Erfahrung, nirgendwo wirklich zu Hause zu sein. Stolz sein wollen auf etwas, das man nur vom Hörensagen kennt, weil man nicht stolz sein kann auf den Ort, wo man aufgewachsen ist.

Wenn wir die Spur der Migranten in ihr Herkunftsland zurückverfolgen, sehen wir eine Unsicherheit, die auch die unsere geworden ist. Einwanderer aus allen Himmelsrichtungen haben das Gesicht der großen Städte verändert. Was irgendwann einmal ihre und unsere Absichten waren, das spielt schon längst keine Rolle mehr. Die Welt hat sich in unseren Stadtvierteln eingenistet, und dies ist eine verwirrende und schockierende Erfahrung. Die Märkte, die Gotteshäuser, die Schulen und die Sportvereine: Alles und jeder ist von der Völkerwanderung berührt, die gerade stattfindet und deren Ende noch längst nicht absehbar ist.

Wir erleben tiefgreifende Veränderungen, und es ist nicht klug, sie herunterzuspielen oder sie zu ignorieren. Wie oft hört man nicht die Binsenweisheit »Migration hat es zu allen Zeiten gegeben«. Wie oft begegnet man nicht der Vorstellung, die Menschen seien immer schon unterwegs gewesen und unsere Zeit stelle da keine Ausnahme dar. So schreibt die Stadt Amsterdam, als handle es sich um eine alltägliche Feststellung: »Fast die Hälfte der Bewohner von Amsterdam stammt ursprünglich nicht aus den Niederlanden. Das ist nichts Neues. Als Einwanderungsstadt steht Amsterdam schon seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Gesinnung offen; man denke etwa an die portugiesischen Juden, die Hugenotten aus Frankreich oder die Wanderarbeiter aus Deutschland.«

Auch wenn es nach historischen Maßstäben nichts Neues wäre,

so sind wir dennoch Zeugen einer tiefgreifenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Das 17. Jahrhundert war tatsächlich voller Bewegung, aber das ändert doch nichts an der großen Umwälzung, welche die großen Städte jetzt gerade erleben? Die Gastarbeiter aus der Türkei oder Marokko, die heute unsere Stadtviertel verändern, können doch nicht gegen die Wanderarbeiter aus Deutschland aufgerechnet werden, die früher einmal in unser Land geströmt sind? Es mag ja sein, dass Juden aus Portugal zu uns geflüchtet sind, um der katholischen Inquisition zu entgehen, doch damit wird das Kommen von Flüchtlingen aus dem Iran oder aus Afghanistan, die der religiösen Tyrannei des Islam entfliehen wollen, doch nicht zu einer Selbstverständlichkeit.

Und was wissen wir überhaupt über die Migranten, die Amsterdam in früheren Zeiten zur Einwanderungsstadt gemacht haben? Eine aktuelle Untersuchung der Historikerin Erika Kuijpers spricht von »unzähligen« und »unsichtbaren« und macht deutlich, dass wir nicht sonderlich viel wissen, wenn wir von der oberen Gesellschaftsschicht einmal absehen, die sich durch öffentliche Einrichtungen und prächtige Grachtenhäuser Denkmäler gesetzt hat. Über das Leben der meisten Migranten kann man nur schwer etwas in Erfahrung bringen, selbst ihre Zahl lässt sich nur annähernd schätzen. Schon diese Unwissenheit macht das trotzige »Das ist nichts Neues« so ärgerlich.

Wie lange kann die Bedeutung dessen, was einem widerfährt, mit dem Hinweis auf Schicksale der Vergangenheit geleugnet werden? Wie lange kann eine tiefgreifende Erfahrung zu einem nachgeordneten Problem erklärt werden? Es drängt sich das Gefühl auf, dass die gegenwärtige Migration und die Reaktionen, die sie hervorgerufen hat, die Gesellschaft vorerst nicht weitergebracht haben. Und dieses Gefühl lässt sich nicht beruhigen: In Europa steht die Toleranz unter Druck.

Wir leben in einer Zeit, in welcher allein der Fortschritt gilt und in welcher die Erfahrung, dass etwas verloren geht, augenblicklich als Heimweh nach der Vergangenheit abgetan wird, nach einer Vergangenheit zudem, die idealisiert dargestellt wird. Wir haben großes Geschick in der Neuerschaffung der Wirklichkeit erworben: Ver-



armung bezeichnen wir kurzerhand als Bereicherung, Halbsprachigkeit geht als Zweisprachigkeit durch, und der Engstirnigkeit muss man wohlwollend begegnen. Doch die wachsweißen Worte machen die Wirklichkeit nicht geschmeidiger. Die Konflikte, die durch das Kommen der Migranten entstehen, können nicht länger ignoriert werden.

Die Migration, die wir zur Zeit erleben, hat unsere Gesellschaften in vielerlei Hinsicht nicht offener gemacht. Durch die traditionellen Ansichten, die viele Migranten mitbringen, werden plötzlich wieder alte Fragen hinsichtlich der Stellung der Frau diskutiert, und das Recht auf freie Meinungsäußerung ist wieder umstritten. Mit einem Mal reden wir wieder über Gotteslästerung und über das Verbot, vom Glauben abzufallen. Auch wenn es dabei um Überzeugungen geht, die wir aus unserer eigenen Geschichte kennen, ist es dennoch kein Fortschritt, die Emanzipation von vor fünfzig Jahren wiederholen zu müssen.

Es ist nicht selbstverständlich, dass die Migration der letzten Jahrzehnte eine »Bereicherung« für unsere Gesellschaft darstellt. Eigentlich muss man die Verwendung dieses Wortes als recht unglücklich bezeichnen, wenn man sich die ärmlichen Lebensverhältnisse vor Augen hält, in denen viele Einwanderer und ihre Kinder leben. Die Schulen haben auf einmal mit einer ganzen Reihe von Defiziten zu kämpfen, und daraus ergeben sich erhebliche Probleme. Es hat sich herausgestellt, dass die Kosten der Migration im Vergleich zum Nutzen vorerst noch hoch sind, in manchen Ländern sogar höher als der Gewinn, wobei gesagt werden muss, dass solche Berechnungen schwierig sind.

Es geht hier ausdrücklich nicht um die Schuldfrage, auf die man in vielen aktuellen Abhandlungen über Migration stößt. Die aufnehmenden Gesellschaften begegnen den Neuankömmlingen überaus unsicher. Verkrampfung und die Neigung, sich von der Außenwelt abzuwenden, sind nicht zu übersehen. Gleichzeitig hätten viele Migranten mehr tun können, um einen Platz im neuen Land zu erwerben. Sie hätten sich schneller von der »Illusion einer Rückkehr« lösen müssen, von dem Gedanken, dass sie nur eine begrenzte Zeit bleiben würden. Wie jemand in einer Diskussion meinte: »Der Preis

für das Bleiben ist, dass man sich die Mühe macht zu lernen, und Lernen ist etwas anderes als Abwehren.«

Überall sind Defizite sichtbar, aber trotzdem ist damit längst nicht alles gesagt. Die Gegensätze, die wir konstatieren, sind überbrückbar. Dies ist das Motiv für eine Suche nach neuen Wörtern und Erkenntnissen. Wir wollen die Ankunft von Menschen aus allen Teilen der Welt nicht gleichgültig hinnehmen. Nur indem wir darauf reagieren, ist es möglich, diese neue Wirklichkeit zu akzeptieren. Bei allem, was nun folgt, wird es darum gehen, wie aus diesen Konflikten im Zusammenhang mit der Migration eine Erneuerung der Gesellschaft als Ganzes entstehen kann.

Wir haben das Bedürfnis nach einer unbefangenen Herangehensweise an die Reibungen und Konflikte, die typisch für alle Migrationsbewegungen größeren Ausmaßes sind. Zum Glück können wir auf die Arbeiten früherer Generationen von Historikern und Soziologen zurückgreifen, die sich mit Migration beschäftigt haben. Oscar Handlin, der berühmteste Geschichtsschreiber der Immigration in die Vereinigten Staaten, ist eine Quelle der Inspiration. Er schrieb in einer Zeit, als der Konflikt zwischen Neuankömmlingen und Alteingesessenen noch nicht in Begriffe von Gut und Böse festzementiert war.

Handlin beschreibt in seinem Buch *The Uprooted* (1952), dem vielleicht einflussreichsten Buch, das je über dieses Thema geschrieben wurde, die Ursachen und Folgen der massenhaften Einwanderung von Menschen, die aus Europa nach Amerika kamen. Seine Geschichte lässt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen, und dieser Satz ist das Motto über allem, was hier folgen wird: »Die Geschichte der Immigration ist die Geschichte einer Entfremdung und deren Folgen.« Entfremdung und Verlust, das sind die Schlüsselbegriffe, welche die Ankunft von Migrant\*innen in einer neuen Umgebung beschreiben.

Dabei denkt Handlin vor allem an jene, die kamen, »denn die Folgen des Ortswechsels waren für diese Menschen härter als für die Gesellschaft, die sie aufnahm«. Handlins Geschichte handelt von den Millionen von Menschen, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts infolge von Industrialisierung und einem enormen

Bevölkerungswachstum auf den Weg machten. Die sich daraus ergebende Entwurzelung und die Armut, die vor allem in ländlichen Gegenden herrschte, führten zu einer massenhaften Auswanderung aus Ländern wie Irland, Deutschland, Italien, Schweden, Norwegen und Polen. Große wirtschaftliche und soziale Kräfte rissen Menschen aus ihrer Umgebung, in der schon ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt hatten. Und kaum einer freute sich über diese Befreiung, so Handlin, denn sie stellte in erster Linie eine Trennung dar. Mit viel Einfühlungsvermögen beschreibt er die oft fürchterliche Fahrt über den Ozean und die Ankunft im neuen Land. Dort mussten die Auswanderer sich dann zurechtfinden, meist mittellos und ohne eine Vorstellung davon, was sie erwartete.

Neben Handwerkern waren es vor allem Bauern, die Zuflucht in Amerika suchten, doch sie hatten große Schwierigkeiten, eine Existenz aufzubauen. Migration war und ist immer noch vor allem ein Aufeinandertreffen von Stadt und Land. Die alte, ländliche Lebensweise eignete sich nicht besonders für die neue städtische Umgebung. Vor allem das Familienleben war ein anderes: Die großen Familien zerfielen allmählich, alte Fertigkeiten erwiesen sich plötzlich als nicht mehr adäquat. »Einsamkeit, Verlust der Dorfgemeinschaft und Verzweifeln an der Wertlosigkeit ihrer Fähigkeiten, das prägte das Weltbild der Bauern in Amerika.«

In dieser fremden Umgebung suchten viele Zuflucht in den Gewissheiten ihrer Religion: »In dieser Hinsicht waren alle Immigranten konservativ. Sie versuchten, ihre Vorstellungen in starken religiösen und kulturellen Institutionen zu verankern, die sie vor der neuen, fremden Welt beschützen konnten.« Dieses Verlangen nach alten Formen und Gewohnheiten diente vor allem dem Überleben in einer städtischen Umgebung. Es ist mehr als verständlich, dass viele Migranten ihr dörfliches Leben in der Stadt fortsetzen wollten, und es ist aus diesem Grund so unverständlich, dass viele in den Migranten große Erneuerer sehen wollten.